

Thema: Frauen für Frauen

Autor: k.A.

## Mädchenberatungsstellen fordern mehr Personal

**WIEN.** Die Mädchenberatungsstellen sind nach eigenen Angaben unter Druck: Zuletzt sei die Nachfrage nach Beratungen um 30 Prozent gestiegen, hieß es am Dienstag bei einer Pressekonferenz. Es seien dringend mehr Ressourcen nötig – im Schnitt eine zusätzliche Beraterinnenstelle pro Einrichtung, sagte Sophie Hansal, Geschäftsführerin des Netzwerks österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen. Vor allem aber brauche es eine fixe Basis- statt Projektfinanzierung und damit endlich Planungssicherheit, anstatt jährlich um Förderungen ansuchen zu müssen. „Beratungsarbeit ist keine Projektarbeit, aber so wird derzeit die Arbeit finanziert“, so Hansal in Richtung der künftigen Regierung.

Das Netzwerk vertritt 64 Frauen- und Mädchenberatungsstellen in allen Bundesländern, insgesamt gibt es mehr als 150 solcher Einrichtungen. Ein Drittel der Mädchen und jungen Frauen sei „unzufrieden mit ihrem Leben“, die Zahl der psychiatrischen Diagnosen in der Zielgruppe gestiegen, verwies die Geschäftsführerin als Beispiel auf ein Plus von rund 30 Prozent bei Essstörungen seit der Pandemie. Die Fälle würden immer komplexer und die Probleme verwobener; und

93 Prozent der jungen Frauen zwischen 16 und 24 fühlten sich von der Politik nicht ernst genommen.

„Multiproblemlagen führen auch zu Problemen bei der Wohnsituation“, schilderte Katharina Nickel von Frauen für Frauen (NÖ). Rund ein Drittel aller obdachlosen weiblichen Personen in Österreich seien Mädchen und Frauen bis 24 Jahre. Viele seien früh überschuldet, könnten hohe Mieten nicht mehr stemmen. Dazu kämen Gewalterfahrungen und damit einhergehend oft abgebrochene Ausbildungen und fehlende soziale Netzwerke.

### Bericht zu Zwangsehen soll im Juli vorliegen

Vor diesem Hintergrund wird derzeit in Österreich auch an einem ersten umfassenden Bericht zum Thema Zwangsehen in Österreich gearbeitet. Viele dieser Ehen wurden bereits im Ausland geschlossen, etliche jedoch auch im Inland, heißt es in einem Zwischenbericht des Projektes Forma (Forced Marriage), an dem unter anderem die Caritas, die Universität Wien und der Verein Orient Express mitarbeiten. Im Juli soll der Bericht vorliegen.

SN, APA, KAP